

TSVEYEL

Sozialismus & Selbstverwaltung

dissensorientiertes Bulletin // #1 // Sommer & Herbst 2022



Energieversorgung kommunalisieren!

Seit 1998 ist die durchschnittliche monatliche Stromrechnung für einen Haushalt in Deutschland um 112% gestiegen. Zum Vergleich: 1998 kostete eine Kilowattstunde im Schnitt 17,11 Cent, 1998 waren es bereits 29,47 Cent und im Frühling diesen Jahres dann 35 Cent. Die konstante Teuerung der Strompreise ist keine direkte Folge des Krieges, sie ist durch einen politischen Prozess forciert worden – in Krisenzeiten wird dies nur besonders sichtbar.

Es begann 1998 mit der Reform des Energiewirtschaftsgesetz. Ziel war dabei den Strommarkt zu liberalisieren und die regional begrenzten Energiemonopole abzuschaffen. Die Unternehmen, die bisher Produktion und Verkauf unter einem Dach organisierten, mussten nun für jeden Bereich eigene Gesellschaften gründen und konnten nicht mehr als alleinige Versorger in der Region auftreten – so konnte man dann auch in den frühen 2000er Jahren erstmals den Stromanbieter wechseln.

Liberalisierung gegen Monopole

Im Zuge dieser „Liberalisierung“ wurden alle Stromproduzenten gezwungen ihren Strom an der Börse zu verkaufen. Dabei richtet sich der Verkaufspreis an der Börse, an den sich alle Anbieter halten müssen, allerdings nicht nach dem günstigsten Anbieter, sondern nach dem Teuersten. Durch die Bezuschussung erneuerbarer Energien (durch die EEG-Umlage) und eine Abnahmegarantie für diese, sollte ein Wettbewerbsnachteil dieses Sek-

tors ausgeglichen werden und zudem der Strompreis an der Börse gedrückt werden, denn: die teuren Anbieter kommen überhaupt nur zum Zug, wenn die Günstigeren den Bedarf nicht bereits gedeckt haben. Sprich, wenn Ökostrom, Atomstrom und Kohle (die alle günstig produzieren) den Strombedarf abdecken, können die teuren Anbieter (Strom aus Gas) ihre Ware gar nicht mehr an der Börse anbieten, somit gäbe es einen günstigen Preis.

Die Realität sieht allerdings so aus, dass der Markt von erneuerbaren Energien politisch sabotiert wird (Förderungen laufen aus, bürokratische Hürden erschweren den Aufbau und Inbetriebnahme etc.) und der Strompreis somit konsequent an der teuerst möglichen Stromproduktion die wir haben, bestimmt wird und vor allem die Gewinne von Konzernen in die Höhe getrieben werden. Das führt dann zu absurden Szenarien wie dem, dass die SWB in Bremen Strom zum Marktpreis von vor zehn Jahren produziert, eine ausgelagerte Gesellschaft der SWB den Strom zur Versorgung der Kunden an der Börse für die viel höheren Preise zurückkaufen muss und entsprechend teurer an die Verbraucherinnen weitergibt. Gewinner ist die SWB und angeschmiert alle, die hoffen lokal günstig erzeugten Strom beziehen zu können.

Scheitern des Marktes

Offenkundig wird hier auch, wie wenig das System des freien

Markts funktioniert. Statt einer Konkurrenz, die Preise nach unten drücken würde, – wie es uns von der Politik verkauft wurde – ist ein System entstanden, bei dem die Preise systematisch und von der Politik befeuert, nach oben getrieben werden.

Hier zeigt sich auch wieder einmal ein völlig falsches Verständnis von Monopol und Liberalismus und vor allem wie mit den Folgen umzugehen ist. Während es pragmatisch und einfach ist, wenn regional Ansässige Stromerzeuger die umliegenden Städte, Haushalte, Betriebe direkt mit Strom versorgen, ohne dass die Börse als Zwischenhandelsplatz eingeschaltet wird, sollte dieses „Monopol“ gebrochen werden, um einen „freien Markt“ zu schaffen. Real ist dieser freie Markt aber ein Zusammenschluss von Unternehmen, die deutschlandweite Preissteigerungen durchgesetzt haben und weiter durchsetzen. Getauscht wurde das pragmatische Monopol gegen das Oligopol (einige wenige die den Markt beherrschen), welches nur zur Erhöhung der Gewinne existiert. So steigen die Strompreise seit über 20 Jahren kontinuierlich. Und verkauft wurde uns das Ganze als Fortschritt.

Re-Kommunalisierung

Das Energiewirtschaftsgesetz muss dahingehend reformiert werden, dass die Produzenten den Strom nicht mehr an der Börse verkaufen dürfen (die Börse also aufgelöst wird), sondern direkt an die Verbraucher zu den Produktionskosten

abgeben – alles auf einer regional begrenzten Ebene. Das erzeugt natürlich regionale Unterschiede, weil in manchen Gegenden günstig und in anderen weniger günstig Strom produziert wird. Hier kann politisch gegengesteuert werden indem man 1. den Verkaufspreis an den günstigst produzierten Strompreis bindet und dies ggf. subventioniert, 2. die erneuerbaren Energien massiv ausbaut und fördert.

Gerade Solarenergie kann problemlos und ohne gesellschaftliche Auseinandersetzungen wie bei der Windkraft weiter ausgebaut werden, einzig: die Menschen brauchen das Geld um diese anzuschaffen. Hier müsste Politik auch ansetzen.

Perspektivisch würde es gelten, die lokalen Energieproduzenten unter lokale demokratische Kontrolle zu stellen, Bedürfnisse der Region zu erfassen, zu bedienen und mögliche Überschüsse an Regionen solidarisch abzugeben, die eine schlechtere Versorgungslage haben. Es kann nicht überall ein Kraftwerk stehen, das ist auch nicht nötig und in Zukunft sollten es eigentlich noch viel weniger werden. Aber bis der Weg zu einer wirklichen Energiewende abgeschlossen ist, wäre eine demokratisch-lokale Verwaltung der Stromproduktion und -abgabe dem Börsenmodell vorzuziehen. Außerdem gelingt eine grüne Wende mit Sicherheit schneller, wenn ihr nicht die Profitinteressen von Konzernen im Weg stehen.

Preiserhöhungen stoppen – Kompensation schaffen!

12 Forderungen um den aktuellen Preiserhöhungen nachhaltig etwas entgegen zu setzen und einen sozialen Ausgleich zu schaffen.

1 Das Energiewirtschaftsgesetz muss reformiert werden! Der Verkauf von Strom an der Börse muss unterbunden werden, der Strom sollte zum erzeugten Preis an die Verbraucher abgegeben und die Stromproduktion und -verteilung wieder unter lokale Verwaltung gestellt werden. Die Abnahme von teuer produzierten Strom ist zu subventionieren. Erneuerbare Energien – die mitunter am günstigsten Strom erzeugen – müssen ausgebaut und subventioniert werden.

7 Lebensmittelpreise müssen gedeckelt werden! Die Preise für Lebensmittel sind um 14,8% gestiegen, es muss ein Preisdeckel festgelegt werden, um sicherzustellen, dass alle Menschen sich angemessen ernähren können.

2 Die Kontrolle der Benzinpreise durch die Mineralölkonzerne muss gebrochen werden! Bereits vor 10 Jahren hat das Bundeskartellamt festgestellt, dass die Konzerne ihre Macht ausspielen um unverhältnismäßig hohe Preise willkürlich festzulegen. Nicht eine Steuersenkung schafft hier Entlastung – das vergrößert nur die Gewinne der Konzerne – sondern eine festgelegte und sozialverträgliche Preisobergrenze.

8 Her mit dem bundesweiten Mietendeckel! Das Modell, welches in Berlin auf Landesebene eingeführt, allerdings durch die Gerichte ausgehebelt wurde, muss nun bundesweit eingeführt werden. Es konnte in Berlin nicht langfristig greifen, da es Bundes- nicht Landessache ist. Jetzt ist genau der Zeitpunkt, an dem wir einen bundesweiten Mietendeckel brauchen.

3 Lohnerhöhungen über den Inflationsausgleich hinaus in allen Bereichen! Die Inflationsrate lag im Juli 2022 bei 7,5%. Die Lohnerhöhungen sollten nicht nur die Preissteigerungen abfedern, sondern auch soziale Sicherheit bieten, weshalb sie bei mindesten 17% liegen müssen – in allen Branchen.

9 Kostenloser ÖPNV für alle! Der öffentliche Nahverkehr muss allen Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen und weiter ausgebaut werden. Die zahlreichen Bahnlinien die in den 90er Jahren in Ostdeutschland (teilweise auch in Westdeutschland) stillgelegt wurden, müssen wieder in Betrieb genommen werden.

4 Sachmittelgutscheine für alle Arbeiter! Die Unternehmen können, ohne Sozialabgaben zahlen zu müssen, Sachmittelgutscheine für Lebensmittel oder Benzin bis zu 50€ an die Angestellten ausgeben, die Gutscheine müssen nicht versteuert werden. Je nach Bedürfnis sollten alle frei wählen, welche Form von Sachleistungen sie von den Firmen beziehen wollen.

10 Subvention der Landwirtschaft! Die hiesige Landwirtschaft sollte gefördert werden, um nicht unter dem Druck der Supermarkt-Kartelle immer weiter ausgebeutet zu werden. Nicht nur, aber besonders nachhaltige und ökologische Produktion muss hierbei gefördert und ausgebaut werden.

5 Erhöhung der Sozialleistungen! Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II müssen deutlich angehoben werden. Das ALGI sollte dabei dem vorherigen Nettoeinkommen angeglichen werden. Der ALGII Regelsatz muss um mindestens 400€ angehoben werden, die verbliebenen Sanktionen müssen abgeschafft werden. Die Sätze für Mieten und die Größe der Wohnung die bezogen werden dürfen, müssen angehoben werden. Ebenso muss Wohngeld einfacher zugänglich gemacht und die Sätze angehoben werden.

11 Keine 100 Milliarden fürs Militär! Statt so viel Geld in die Rüstungsindustrie und den Apparat der Armee zu pumpen, muss das Geld genutzt werden um die oben genannten Forderungen zu finanzieren und um dringend notwendige Investitionen im Bildungssektor zu tätigen.

6 Das Bafög muss erhöht werden! Die Leistungen reichen hinten und vorne nicht, Studierende sind hierdurch gezwungen, neben einem Vollzeitstudium noch in prekären schlecht bezahlten Jobs zu arbeiten. Der Bafög-Satz muss drastisch nach oben korrigiert werden, auf 1300€ (mit eigener Wohnung und eigener Krankenversicherung) bzw. 1000€ (mit Wohnsitz bei den Eltern und Familienversicherung).

12 Vermögensteuer wieder eintreiben! Die Vermögensteuer wurde nie abgeschafft. 1997 entschied sich die Regierung nur dazu, sie nicht weiter zu erheben – statt wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, Immobilienvermögen stärker zu besteuern. Die Vermögensteuer muss wieder erhoben werden – und zwar an die Entwicklungen angepasst, also deutlich höher als früher. So lassen sich die sozialen Ausgleichszahlungen problemlos finanzieren.



Don't Pay UK!

Auch in Großbritannien steigen die Strom- und Gaspreise – und es regt sich Widerstand von unten.

Der Plan ist einfach: Wenn möglichst viele Menschen ihre Strom- und Gasrechnung nicht bezahlen, ist der Aufwand für Konzerne und Staat zu groß um die Kosten einzutreiben und es wird massiver Druck auf die Regierung ausgeübt, den Preiserhöhungen etwas effektives entgegenzusetzen.

Denn genau wie hier steigen dort die Preise massiv an und weite Teile der Bevölkerung sind akut von Armut bedroht oder bereits verarmt. Die Regierung schnürt – wie bei uns – riesige „Hilfspakete“ für die Industrie, die ohnehin schon von der Krise profitiert und sich nun auch noch mittels Subventionen weiter Unsummen einverleiht. Die Menschen – die Armen, die Arbeitenden – werden mit einer Einmalzahlung von 200 Pfund abgespeist, die sie im kommenden Jahr auch noch zurück zahlen sollen.

Angesichts dieser Dreistigkeit startete am 18. Juni die Kampagne „Don't Pay“. Es begann mit einigen Unzufriedenen, die ein paar Flyer druckten und verteilten und breitete sich immer weiter aus. Ziel der Kampagne ist es, bis zum 01. Oktober eine Million Unterstützer zu gewinnen und dann gemeinsam die Zahlungen der Strom- und Gasrechnung auszusetzen. Die Aktion könne nur Erfolg haben, wenn sie nicht als individueller Akt in vielen kleinen Schritten vollzogen würde, sondern als kollektive Aktion auf einen Schlag umgesetzt wird. Nur so könne eine Überforderung der Behörden und Konzerne effektiv herbeigeführt werden.

Die Kampagne wird ausschließlich durch Spenden finanziert und stützt sich auf eine breite Basis von Aktiven, die in ganz Großbritannien Unterschriften sammeln, Lokalgruppen bilden, Aktionen organisieren und mehr. Stand Mitte August haben sich über 109.000 Menschen zur Aussetzung der

Zahlungen ab Oktober bereit erklärt. Es wird wohl noch einiges an Arbeit die Million zu erreichen, doch alleine in den letzten Tagen wuchs die Zahl der Unterstützerinnen rasant. Setzt sich das fort, sollte es schaffbar sein und uns erwartet eine neuerliche große Boykottaktion.

Nicht die erste Boykottaktion in Großbritannien

Ende der 1980er Jahre führte die konservativ-neoliberale Regierung von Margaret Thatcher eine Kopfsteuer (Community Charge – wurde vor allem als Poll Tax bezeichnet) in Großbritannien ein, die die Armen und Geringverdienenden wesentlich härter treffen sollte als die Reichen. 17 bis 18 Millionen Menschen verweigerten die Zahlung. Die Proteste gipfelten 1990 in Ausschreitungen in London und zwangen die Regierung schlussendlich nicht nur zur Rücknahme der Steuer, sondern auch zum Rücktritt.

Doch auch neuere Beispiele aus Großbritannien gibt es. 2020 erhöhte das Unternehmen Southern Water in Kent die Preise, nachdem es eine millionenschwere Strafe zu zahlen hatte, weil es ungefilterte Abwasser ins Meer leitete. Die Empörung war groß und die Menschen weigerten sich, für die Umweltverschmutzung des Konzerns aufzukommen – und zahlten ihre Rechnung nicht. Mit Erfolg. Ihnen wurden umstandslos 50% ihrer Rechnung erlassen.

Boykott als Mittel – auch international

In den letzten Jahren habe wir immer wieder größere Boykottkampagnen gesehen. So zum Beispiel die „Can't Pay Rent“ Kampagne in den USA, die eine mehrmonatige Aussetzung der Mieten während der Corona-Pandemie, eine Einfrierung der Preise und Wohnraum für alle



forderte. Getragen wurde auch diese Kampagne von einer starken Basis und von vielen – schon länger bestehenden – Mietergewerkschaften. Da es durch die ausgesetzten Mieten auch verstärkt zu Räumungen bzw. Räumungsklagen kommen sollte, wurde solidarischer Protest dagegen organisiert. Gerichtsgebäude wurden blockiert, damit Klagen nicht eingereicht werden konnten und Räumungsversuche verhindert. Ähnliches haben wir 2020 auch in Kanada mit der Kampagne „Keep Your Rent“ gesehen.

Boykott als Mittel – auch hier?

Das Nicht-zahlen von Rechnungen ist ein gutes Mittel um Druck aufzubauen, solange es kollektiv geschieht. Es gilt: allein machen sie dich ein. Wenn sich in Deutschland eine kritische Masse erreichen lassen würde, die bereit wäre, ihre

Strom- und Gasrechnungen nicht mehr zu zahlen, hätten wir ein effektives Mittel um Konzerne und Politik da zu treffen, wo es weh tut: beim Geld. Notwendig ist aber nicht nur eine breite Basis, die die Zahlung verweigert, sondern auch organisierte Nachbarschaften, die es verhindern, dass Strom und Gas abgestellt bzw. abgedreht werden. Die Zugänge in den Häusern müssen möglichst schnell blockiert werden können, allen „Offiziellen“ ist der Zutritt zu verweigern. Doch hätten wir erst eine Million die den Boykott tragen würde, wären die Behörden und Konzerne auch sehr schnell mit der Sanktionierung überfordert. Also warum nicht auch hier die Zahlungen gemeinsam verweigern?

Mehr Infos zur Kampagne unter:
www.dontpay.uk

Streik, Boykott, Aktion? Nicht allein!

Berichte, Anregungen, Tipps und Inspirationen können unter anderem die folgenden Bücher geben:

AngryWorkers: Class Power! Über Produktion und Aufstand. Urrast Verlag Münster 2022, 24,-€

Die AngryWorkers betreiben seit einigen Jahren erfolgreiche Organisationsarbeit gemeinsam mit vielen Menschen in West-London. Arbeitskämpfe, Solidaritätsstrukturen, soziale Auseinandersetzungen, überall mischen sie mit.

Elizabeth Gurley Flynn: SABOTAGE. Die bewusste Verringerung der industriellen Effizienz. Dialog Edition Duisburg 2019, 8,-€

Gurley Flynn, Gründerin einer Bürgerrechtsunion, beschreibt, was für Mittel es abseits des Streiks noch gibt, um die Unternehmen da zu treffen, wo es weh tut. Dabei führt sie die Unsinnigkeit so mancher Arbeitsregularien vor.

FAU Dresden (Hg.): Organisierte Nachbarschaften und Föderationen Hand in Hand! Syndikat-A Moers 2018, 2,50€

In der Broschüre wird gezeigt, wie eine basisdemokratische Organisation der Nachbarschaft aussehen kann und dargelegt, warum es notwendig ist, dass wir uns in unserem Wohnumfeld zusammenschließen.

Dauerkrise Pflege

11 Wochen haben die Beschäftigten der Uni-Kliniken in NRW wegen der miserablen Arbeitsbedingungen gestreikt. Dabei wurde ihnen, trotz ihrer wichtigen gesellschaftlichen Stellung, nur wenig mediale Aufmerksamkeit zuteil.

Die immer ausgeprägtere Ökonomisierung, also an Gewinn orientierte Verwaltung, des Gesundheitssystems, trifft nicht nur, aber vor allem, diejenigen die in der Pflege tätig sind. Die Folge sind Überlastung, Erkrankung und natürlich eine sich stetig verschlechternde Versorgung der Patientinnen und Patienten. Der „Tarifvertrag Entlastung“, den Verdi nun mit den Uni-Kliniken in NRW abgeschlossen hat, soll dies alles lindern. Tatsächlich beinhaltet der Vertrag gute Ansätze. Er definiert, wo wie viele Personen Schicht machen müssen und dass diese zur Stammbesatzung zu zählen haben, um eine Belastung zu vermeiden. Bei Unterschreitung des Personalschlüssels der Stammbesatzung gilt es als Überlastung – auch wenn der akute Mangel durch Zeitarbeitsfirmen aufgefangen werden kann. Weiter gibt es nun ein System, welches Ausgleich in Form freier Tage oder wahlweise auch durch Auszahlung der freien Tage regelt. Zusätzlich wird definiert, wo wie viel zusätzliches Personal eingestellt werden muss. Für den Anfang ist das alles nicht schlecht. Doch bleiben einige Punkte offen – vor allem jener einer angemessenen Entlohnung. Zudem gibt es eine einjährige Übergangsfrist, in der die Stellen erst noch aufgestockt werden sollen und die Kliniken noch nicht so viele Überlastungstage zugestehen müssen, wie letztlich vorgesehen. Es bleibt die Frage, wie viele aus der Pflege noch ein Jahr durchhalten werden, wenn die Überlastung vorerst nur schlecht

ausgeglichen wird und auch das Gehalt nicht steigt.

Dennoch ist es ein Anfang. Dass es in die richtige Richtung geht, wird auch daran sichtbar, dass andere Unternehmensverbände Alarm schlagen. Die „Arbeitsrechtliche Kommission“ der Caritas nannte den Tarifvertrag „wenig hilfreich“ und befürchtet nun einen „Überbietungswettbewerb“ um die raren Pflegekräfte. Die Caritas ist ohnehin nicht bekannt dafür, gute Löhne zu zahlen und mit dem kirchlichen Arbeitsrecht, dem sie unterliegt, zudem durch und durch gewerkschaftsfeindlich, da ist es nicht verwunderlich, dass sie bei so einem „Wettbewerb“ – also der Schaffung guter Arbeitsbedingungen – nicht mitmachen möchte.

Unmut gibt es aber auch aus anderer Richtung – von nicht pflegerischen Tätigen in Düsseldorf. Hier wurde der Tarifvertrag mehrheitlich abgelehnt, da für diejenigen, die nicht in der Pflege arbeiten, kein Ausgleich in Form freier Tage festgelegt wurde. Für ihre Bereiche greift lediglich die Personalaufstockung – die noch ein Jahr auf sich warten lassen kann. Perspektivisch muss es im gesamten Gesundheits- und Pflegewesen zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und damit einhergehend zum Ende der Profitorientierung kommen. Wo in Krankenhäusern große Bildschirme mit einem Ranking der Stationen nach Belegungszahlen hängen (wie bei den Asklepios-Kliniken) sind auch die Patienten

und Patientinnen nur noch Nummern und Zahlen, keine Individuen mit ihren je eigenen Bedürfnissen auf die eingegangen werden müsste. Der Wettbewerb der so auch in einem Krankenhaus gemacht wird, erzeugt Druck auf die Kolleginnen, spaltet die Belegschaft und verhindert ihre Organisation. Dabei unterscheiden sich die privaten Träger – denen es ganz offen nur noch ums Geld geht – nicht von den „gemeinnützigen“, die vermeintlich etwas für die Gesellschaft tun wollen. Letztere geben sich lediglich noch einen sozialen Anstrich, aber alle die dort arbeiten, wissen schon lange, dass das nur Fassade ist.

Eine Voraussetzung für bessere Arbeitsbedingungen ist auch die Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts, welches Gewerkschaften beschränkt und Streiks verbietet. Es gab bereits in der Vergangenheit erfolgreiche Streiks in christlichen Krankenhäusern, deren Legalität gerichtlich festgestellt wurde. Hieran lässt sich anknüpfen, um dieses mittelalterliche Überbleibsel endgültig loszuwerden.



Christian Danckworth: Pflegekrise und Altenpflege

Warum ein Systemwechsel notwendig ist und wie er herbeigeführt werden könnte

»... gelangte ich rasch zu der Überzeugung, dass die Pflege in Heimen und auch in vielen Pflegediensten defizitär organisiert ist. In der Öffentlichkeit wird oft betont, wie gut das deutsche Altenpflegesystem im europäischen Vergleich abschneide. Diese Ansicht kann ich, basierend auf meinen eigenen Erfahrungen, nicht bestätigen ...«

Es gab bereits zahlreiche konkrete Ansätze in der Geschichte, die meiner Vorstellung von einer herrschaftsfreien und klassenlosen Gesamtgesellschaft entsprechen.

Als antiautoritärer Linker beziehe ich mich dabei insbesondere positiv auf die anarcho-syndikalistische Bewegung, deren umfangreiche Geschichte leider in der bürgerlichen Geschichtsschreibung oft ausgeklammert oder in das Schreckgespenst eines angeblich »diktatorischen Sozialismus« umgesponnen wird.

Die anarcho-syndikalistische Bewegung zeigt aber, dass Sozialismus eine Demokratisierung aller Lebensbereiche bedeutet, also das Gegenteil von Unfreiheit ist.« (Christian Danckworth)

Die Broschüre von Christian Dankworth kann online unter www.reso.media/gedrucktes gelesen werden oder in Papierform bei www.syndikat-a.de bestellt werden.

Was tun in der Krise?

Fragen an eine noch zu führende Strategiedebatte

Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine hat sich das trügerische Gefühl des bürgerlichen Wohlstands, an dem auch die ArbeiterInnenklasse partizipieren könnte, nahezu in Luft aufgelöst. Steigende Preise für Lebensmittel, Energie und Benzin bei gleichzeitig stagnierenden Löhnen, bzw. ‚Lohn-erhöhungen‘ die einen Reallohnverlust bedeuten, führen allen vor Augen, dass es keine Sicherheit im Kapitalismus gibt – die immer deutlicheren Auswirkungen der Klimakrise unterstreichen das.

Die Klasse der Ausbeuter und Herrscher versucht mit ideologischer Panikmache wie der Lohn-Preis-Spirale die Menschen ruhig zu halten, umso mehr noch wenn sie die Interessen der ArbeiterInnen gegen die der geflüchteten UkrainerInnen ausspielt. Der Prozess der Preissteigerung und hierdurch die Verarmung der Massen vollzieht sich zwar offen und wird breit diskutiert, hat aber bisher noch nicht den Grad erreicht, dass es zu größeren Erhebungen oder Protesten gekommen wäre. Ich mag mich irren, nehme aber an, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis diese kommen werden. Die Frage die wir uns als Bewegung – als AnarchosyndikalistInnen, als anarchistische KommunistInnen, als klassenkämpferischer Flügel des Anarchismus – stellen müssen, ist wie wir uns darauf vorbereiten, die Kämpfe in emanzipatorische Bahnen zu lenken oder besser noch, sie selbst zu initiieren. Wir sollten uns nichts vormachen, wir sind schlecht aufgestellt und uns gegenüber steht eine Melange aus Querdenkern, Reichsbürgern und anderen Nazis die bereits über Telegramkanäle und eigene Online-Videoportale tausende Menschen

auf einen ‚Aufstand‘ im Winter vorbereiten. Nun muss man sich angesichts der Trägheit der deutschen Massen und der Repressionsorgane (auch wenn sie nur widerwillig gegen andere als Linke vorgehen) wohl keine ernsten Sorgen um eine Konterrevolution machen. Dennoch: Haben sich reaktionäre Kräfte erst einmal an die Spitze einer aufkommenden ‚Hunger‘- und ‚Kälte‘-Bewegung gestellt, werden diese in der Öffentlichkeit als rechts gelabelt sein und es wird schwierig bis unmöglich einen fortschrittlichen Kurs dort hinein zu bringen.

Wie initiieren oder beteiligen wir uns an den Kämpfen gegen die Krise?

Eine einfache Antwort scheint es nicht zu geben. Ich möchte hier nur Schlaglichter aufzeigen, aus denen sich noch mehr Fragen ergeben.

Ich denke, der Kampf kann/wird sich auf mehreren Ebenen vollziehen, jede bedarf einer eigenen Antwort auf die Frage, wie er geführt werden kann.

Betriebe

Hier scheint noch relativ klar zu sein, wie die konkrete Vorbereitungen aussehen können. Je nach Arbeit und Betrieb ist es mehr oder weniger leicht mit den KollegInnen ins Gespräch zu kommen. Es lässt sich direkt über steigende Preise diskutieren und darüber, warum es richtig ist, dass wir für höhere Löhne eintreten. Wir begegnen Menschen die wir kennen, die uns im besten Fall vertrauen, uns und unsere Meinung schätzen. Ein erster

Schritt nach dem Austausch kann sein, kollektiv die Forderungen nach Kompensationszahlungen zu erheben. Hierbei ist es egal, ob wir im Einzelhandel, dem Gesundheits- und Sozialsystem, einer Fabrik oder der Uni tätig sind. Es ist auch egal, ob es einen Betriebsrat gibt. Scheuen die KollegInnen Repressionen, wenn sie die Forderungen vortragen, ist es Sache der RevolutionärInnen dies zu tun – auch wenn Hannes Wader sagte, zu den SprecherInnen werden immer die Naivsten oder die Dümmersten, sollten wir die Gefahren bewusst in Kauf nehmen. Schutz und besondere Hilfestellung können hierbei insbesondere die FAU, die IWW aber auch Vereine wie ‚Aktion ./ Arbeitsunrecht‘ bieten. Haben wir eine kollektive Forderung aufgestellt und wurde sie ignoriert oder wird sie bekämpft, ergeben sich hieraus automatisch weitere Möglichkeiten kollektive direkte Aktionen durchzuführen. Vom Streik einmal abgesehen, sind eine Vielzahl von Aktionen denkbar. Sabotage der eigenen Arbeit, Bummelstreiks, Transpiaktionen im Betrieb etc.

Ich würde hier insbesondere die FAU in der Pflicht sehen, von ihrer derzeit vorherrschenden Taktik abzusehen, dass jedes Syndikat zwar eine ‚gewerkschaftliche Beratung‘ anbietet, sich die Mitglieder aber im eigenen Betrieb nicht rühren. Selten waren die Chancen für breit angelegte Arbeitskämpfe besser. AnarchosyndikalistInnen müssen sie aktiv führen!

Fragen ergeben sich für mich vor allem im Punkt der Vermittelbarkeit. Wie erklären wir leicht verständlich, dass es uns zusteht, auf Grund der steigenden Preise höhere Gehälter zu verlangen, wie legen wir dar, dass die Bosse nicht genau

so wie wir unter den Preissteigerungen leiden und dass wir nicht alle ‚in einem Boot‘ sitzen? Wie erklären wir am besten, dass der Arbeitsplatz der richtige Kampfplatz ist?

Nachbarschaften

Unabhängig davon, ob wir arbeiten oder nicht, studieren oder nicht, zur Schule gehen oder nicht, können wir uns in unserer Nachbarschaft mit den uns dort umgebenden Menschen – also unseren NachbarInnen – organisieren. Es gibt gute Beispiele aus den letzten Jahren, wie eine basisdemokratische Stadtteilarbeit aussehen kann, Bergfidel solidarisch (aus Münster) oder Wilhelmsburg solidarisch (aus Hamburg) zeigen dies. Nur uns fehlt die Zeit in der aktuellen Krise wie die GenossInnen aus Münster von Tür zu Tür zu gehen, die Problemlagen der Menschen zu erfassen, auszuwerten, Kontakte zu knüpfen und Vertrauen aufzubauen. Dafür haben wir immerhin klar, wo die künftigen Probleme liegen werden: Steigende Heizkosten, steigende Lebensmittelpreise usw. Hinzu kommt der Antagonismus zwischen VermieterInnen und MieterInnen. Aber wie schaffen wir es möglichst schnell eine Nachbarschaft zu organisieren, zu der wir möglicherweise vorher nur wenig bis keinen Kontakt hatten? Was ist der richtige weg? Eine Versammlung auf einem öffentlichen Platz (sofern überhaupt vorhanden) einberufen um gemeinsam zu beraten? Flyer verteilen? Plakatieren? Und wie vermitteln wir den Menschen, dass ihr Wohnraum/Viertel/Stadtteil der Platz ist, an dem sie sich zur wehr setzen? Wir brauchen einen klaren Fahrplan. Oder zumindest

ausgearbeitete Ideen die wir erproben können. Und was machen Menschen, die nicht im Szeneviertel leben, also eine Nachbarschaft alleine ohne MitstreiterInnen organisieren wollen/müssen? Ich habe keine Antworten, nicht einmal besonders viele Anregungen zu den Fragen. Festhalten lässt sich meiner Meinung nach, dass es gut wäre, wenn zumindest die bereits vorhandenen organisierten Nachbarschaften, wie die oben genannten oder auch die Kiezkommune Wedding (Berlin), das Thema Preissteigerungen auf ihre Agenda setzen würden (was sie mit Sicherheit auch tun). Abseits davon, ließe sich vielleicht noch mit den anderen MieterInnen im Haus ins Gespräch kommen, ob nicht die kollektive Forderung nach Solarplatten am Haus erhoben werden könnte oder eine gemeinschaftliche Nutzung von Gärten einzufordern – hier ließe sich das Thema Mieten/Eigentum mit den Themen Ökologie und Klimakrise verbinden (und auch wiederum mit Preissteigerungen, da ein Garten auch bewirtschaftet werden kann – Lebensmittel werden ebenfalls teurer).

Universitäten

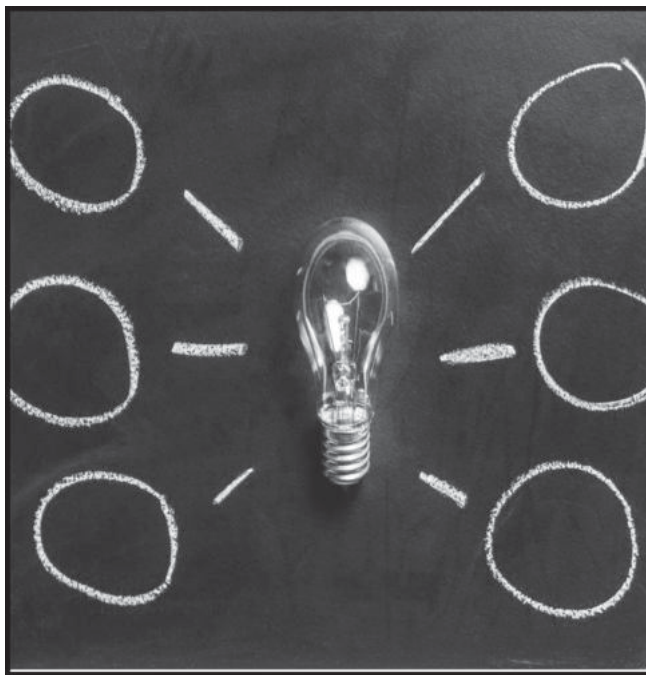
Nicht wenige aus unserer Bewegung studieren, aber nur wenige sehen die Universität als politischen Kampfplatz. Es gibt immer noch starke linke Strukturen an vielen Unis, linksdominierte Ästen, selbstverwaltete Räume etc. Die Lage der Studierendenschaft hat sich während Corona bereits enorm verschärft, die angekündigte Bafög-Erhöhung wird angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten keine Entlastung bringen. Unsere studierenden GenossInnen könnten versuchen ein Bewusstsein in der Studierendenschaft dafür zu wecken, sich kollektiv an der Uni dagegen zur Wehr zu setzen. Viele Fragen sind dabei offen. Sollte man es mit den offiziellen Strukturen wie den Ästen (sofern diese hierfür offen sind) versuchen oder ohne sie? Mit Hochschulgruppen – gerade jenen, die Parteien nahestehen – oder nicht? Welche Aktions- und Agitationsformen sind zu wählen? Wie kann vermittelt werden, dass die Uni ein Kampfplatz und kein apolitischer Ort ist?

Anregungen könnte die Geschichte des Studierendenstreiks in Quebec 2012 geben. Hier begriffen sich die Studierenden dezidiert als ArbeiterInnen und Intellektuelle gleichermaßen, gründeten eine Gewerkschaft und arbeiteten auch mit der IWW zusammen.

Vereine

Vereine sind eine nicht zu unterschätzende Organisationsstruktur in Deutschland. Nicht wenige von uns sind selbst Mitglied in einem Verein. Sie schaffen Orte an denen Teils sehr unterschiedliche Menschen zusammen kommen, sich auf einem gemeinsamen Nenner einigen, sich durch die gemeinsamen Aktivitäten einander annähern – nicht selten bilden sie eine wesentliche Sozialstruktur für Menschen. Diejenigen von uns, die aktiv an einem Vereinsleben teilnehmen – egal ob Sport- Kultur- oder irgendein anderer Verein – sollten dieses Netzwerk nutzen. Sie sind in einem

Rahmen eingebunden, in dem sie mit Menschen, die teils ganz anders als sie selbst sind, zusammenkommen und Gemeinsamkeiten finden. Das kann eine hervorragende Basis für eine politische Annäherung und Agitation bilden. Die Frage ist hier jedoch ebenfalls – wie vermittelt man, dass der Rahmen des Vereins eine politische Struktur sein kann, bzw. dass sich der Verein politisch positionieren sollte? Geben dies überhaupt alle Vereinsstrukturen her? Ist es möglicherweise nur ein Ort an dem für andere Strukturen geworben werden kann (was schon jede Menge ist!)? Klar ist jedenfalls, dass ein Verein, der über Infrastruktur verfügt und sich aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, zumindest mittelbar die Folgen der Krise spüren wird. Die Kosten für das Vereinsheim steigen, während die Mitglieder weniger Geld haben, ggf. ihre Beiträge nicht mehr zahlen können. Hier kann sich schnell eine existenzielle Notwendigkeit ergeben, sich politisch zu positionieren.



nieren. Wie könnten wir hier intervenieren, damit keine sozialdemokratischen Forderungen erhoben werden?

Demonstrationen

Ein wichtiges Mittel können Demonstrationen sein – wir können mit ihnen eine breite Öffentlichkeit erreichen, wenn wir es richtig anstellen. Wie mobilisieren wir zu Demos? Wie schaffen wir es, dass wir nicht nur mit unseren GenossInnen auf die Straße gehen, sondern Menschen über unsere eigenen Kreise hinaus mit uns auf die Straße gehen?

Zumindest thematisch sollte es einfacher sein, Menschen für eine Demonstration gegen Preissteigerungen zu interessieren, als für eine Demo für irgendwas mit Anarchismus. Ich denke, dass es sinnvoll sein könnte, bei der Mobilisierung auf altgediente Mittel zurückzugreifen. Infostände machen und Flyer verteilen. Mit Menschen ins Gespräch zu kommen und sie ggf. zu überzeugen, mit uns auf die Straße zu gehen, sollte – wie gesagt –

bei dem Thema durchaus möglich sein.

Aber hilft es, wenn wir einzelne isolierte Demos veranstalten? Wahrscheinlich nicht.

Wenn wir versuchen wollen, eine kontinuierliche Proteste zu schaffen, aus denen eine breite Bewegung erwachsen kann, sollten wir uns von vorne herein darauf einstellen, am besten wöchentliche Demos oder Kundgebungen zu veranstalten. Sollten wir die ersten Wochen dabei unter uns sein, gilt es, sich nicht dadurch entmutigen zu lassen, sondern zu versuchen die Propagandatätigkeiten auszuweiten. Wir haben inzwischen bei verschiedenen dubiosen und faschistischen Protesten gesehen, dass es eine Weile brauchte, bis sie anwuchsen, nicht nur weil die faschistische Propaganda so gut gegriffen hätte, sondern auch weil sie die einzigen waren, die kontinuierlich ein Thema auf die Straße brachten. Das

schistische Propaganda besonders gut online verbreiten oder gibt es Wege wie wir dies bei Telegram, Twitter, Instagram usw. auch können?

Sollten wir zu dem Schluss kommen, dass wir es zumindest verstärkt versuchen wollen, sollten wir uns über das „Wie“ im klaren sein. Was brauchen wir? Menschen die Inhalte erstellen, Memes machen usw.; Menschen die Gruppen gezielt bespielen, verwalten und moderieren; Inhalte müssen auf ein Mindestmaß verkürzt werden ohne dabei ihre Bedeutung zu verlieren und bestimmt gibt es noch viel mehr. Aber das Internet ist nicht das wirkliche Leben. Wenn ein Hashtag bei Twitter trendet, ist noch nichts erreicht (auch bei dem oben erwähnten ist das nicht ausgemacht, sondern lediglich eine Hoffnung). Menschen mit runter gebrochener (damit in Social Media konsumierbarer) Propaganda zu füttern ersetzt kein ernsthaftes Gespräch.

Vernetzung – gemeinsames koordiniertes Vorgehen

Wie immer scheint eine Antwort zu sein, dass wir vereinzelt nicht viel erreichen werden. Wie verbinden wir aber die einzelnen Bereiche, Organisationen und Kämpfe miteinander? Eine mögliche Antwort könnte sein, dass sich ein gemeinsames Label etabliert, unter welches wir all diese (möglichen) Proteste stellen. Wichtig wäre sicher, dass die größeren organisierten Strukturen – wie die FAU oder die Plattform – dieses mittragen. Es sollte nicht beliebig sein, gleichzeitig aber so offen, dass sich die bereits organisierten Nachbarschaften oder Kampagnen wie ‚Wer hat der gibt‘ darunter ebenfalls einfinden können. Social Media Kanäle könnten unter dem gemeinsamen Label laufen (mit je regionalen Ablegern) und hier einen Wiedererkennungseffekt schaffen. Die Themen werden überall dieselben sein, die Frage nach der Vermittelbarkeit unserer Antworten und wie wir die Probleme aus unserer Sicht schildern, könnte sich in einem Bündnis ggf. besser lösen lassen. Wie schaffen wir es so etwas zu initiieren? Macht eine weitere Debatte über Beiträge wie diesen Sinn? Braucht es eine Konferenz oder ähnliches? Sollten wir Komitees für eine Kampagne bilden? Wie schaffen wir es uns selbst und unsere GenossInnen zu mobilisieren, wirklich aktiv zu werden – am Arbeitsplatz, im Betrieb, in der Nachbarschaft oder zu klassisch aktivistischer Tätigkeit wie Flyer verteilen und jeden (z.B.) Freitag auf dem Marktplatz zur Kundgebung kommen?

Ich möchte noch einmal die Dringlichkeit zu Handeln unterstreichen. Wenn wir nicht jetzt beginnen, uns gemeinsam für die kommenden Krisenproteste vorzubereiten, zu organisieren und zu agitieren, werden diese von rechts kommen und uns gehörig um die Ohren fliegen. Wir haben keine Zeit und erst recht keine zu verlieren!

Frederik Fuß

Dieser Beitrag erschien zuerst auf www.anarchismus.de

sollten wir bei der kommenden Krise nicht zulassen.

Die wenigen derzeitigen Versuche den Protest zu organisieren, zeigen auch, dass entweder der Unmut in der Bevölkerung noch nicht besonders groß ist oder die Menschen nicht von uns erreicht werden. Zu einer frühzeitig organisierten Kundgebung im Ruhrpott kamen nur Wenige, vor einigen Tagen waren es in Bremen bereits 100 Menschen. Die Twitter-Kampagne #IchBinArmutsbetroffen, könnte hier auch weiteren Auftrieb verschaffen.

Internet/Online/Propaganda/Gesamtaufklärung

Massen werden heute von rechts über Telegram mobilisiert. Wir können natürlich nicht die faschistische Propaganda übernehmen, aber wir können uns fragen: Können wir ebenfalls unsere Inhalte in Telegram-Gruppen und Kanälen so schnell verbreiten? Was müssen wir tun um mehr Menschen in unsere Gruppen zu bekommen? Lässt sich auf Grund von Algorithmen nur fa-



Entlastungspakete für Konzerne

Sämtliche Maßnahmen die bisher vom Staat umgesetzt wurden und auch die geplanten, um die Preiserhöhungen angeblich abzumildern, zielen in Wahrheit darauf ab, die Gewinne der Konzerne weiter in die Höhe zu treiben.

Das **9-Euro-Ticket** hat zwar einen massiven Vorteil für viele Menschen gebracht, da es erstmals seit Jahren den ÖPNV für weite Teile der Gesellschaft wieder leistbar gemacht hat, doch läuft es zu Ende August aus. Finanzminister Lindner reagierte herablassend auf die Forderungen einer Verlängerung bzw. einem leistbaren Nachfolgeticket und sprach von einer „Gratismentalität“ die ihn nerve. Wer sich den Porsche und die Hochzeit auf Sylt leisten kann, den stört natürlich auch nicht die Ankündigung des Verbands deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), dass die Ticketpreise ab September überproportional angehoben werden sollen. Trotz der kurzweiligen Verbesserung für viele Menschen, ist das 9-Euro-Ticket wohl eher ein Geschenk für die Tourismusbranche gewesen, um nach den Umsatzeinbrüchen durch Corona, weitere Einbußen abzufedern und Menschen anzuregen, in Urlaub zu fahren.

Der **Tankrabatt** war ein weiteres Geschenk an die Konzerne. Bei der vorübergehenden Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe wurde darauf vertraut, dass die Ölkonzerne diese Steuersenkung an die Verbraucher weitergeben würden. Nur, warum sollten sie? Es gibt kein Instrument um sie zu zwingen und so behielten sie den übergroßen Anteil einfach ein und steigerten den Profit, die Spritpreise wurden nur minimal abgesenkt.

Die **Energiepreispauschale** entpuppt sich bei genauerem Hinschauen ebenfalls als schlechter Witz. Alle die versicherungspflichtig arbeiten, bekommen mit ihrem Septembergehalt 300,- € mehr, allerdings brutto. Das heißt, das Geld muss noch versteuert werden. Im Schnitt kommen so 193,- € bei den Leuten an. Wer in einem Mini-Job arbeitet, muss einen extra Antrag stellen und wer eine Rente bezieht, dem wird es beinahe unmöglich gemacht, die Pauschale zu bekommen. Ein besonderes Geschmäckle bekommt die Energiepreispauschale jedoch, schaut man sich an, was sonst noch beschlossen wurde.

Ab dem 01. Oktober wird die **Gasumlage** eingeführt. Eine Maßnahme die ganz offen darauf zielt, den

Profit der Konzerne zu steigern – schließlich hätten sie es wegen des Ukrainekrieges gerade besonders schwer. So schlecht soll es um sie bestellt sein, dass nun alle die Gas beziehen, 2,4 Cent pro Kilowattstunde mehr bezahlen sollen. Bei einem Single-Haushalt macht das rund 144,- € im Jahr. Einfach so als Geschenk für die Konzerne.

Um die öffentliche Empörung etwas abzumildern, will Kanzler Scholz nun die **Mehrwertsteuer auf Gas** von 19 auf 7 Prozent absenken – in der Erwartung, dass die Gaskonzerne diesen Rabatt an die Kunden weitergeben. Denken wir zurück an den Tankrabatt und daran, dass es immer noch keine Maßnahmen gibt, um Konzerne dazu zu zwingen die Ersparnisse an uns weiterzugeben, wird klar, dass es auch diesmal so laufen wird. Der Staat befördert mit seinen Maßnahmen gezielt die Profite. Uns hilft da auch die Energiepreispauschale nicht, wir werden trotzdem ordentlich draufzahlen müssen.

Wie Lindner Geringverdiener höhnt, zeigt sich auch, wenn er posaut, sein geplanter **Inflationsausgleich**, käme ihnen zu Gute. Er behauptet allen Ernstes, würden die Löhne angehoben, würden wir Ar-

beiter darunter leiden, weil wir in einen höheren Steuertarif kämen. Seine Steuerpläne um die Inflation auszugleichen, begünstigen aber explizit diejenigen mit einem höheren Einkommen und damit auch in den entsprechenden Steuertarifen. Wer 20.000 Euro im Jahr versteuern muss, bekommt 115,- € durch seinen Inflationsausgleich, wer 60.000 Euro versteuert, bekommt 471,- €. Wo stünden wir denn bei höheren Löhnen schlechter da?

Völlig unzureichende Einmalzahlungen – so auch ein kleiner Betrag für jene die Sozialleistungen beziehen – sollen uns davon ablenken, dass der Löwenanteil dieser „Entlastungen“ nicht für uns – für die Arbeiter und Arbeiterinnen, für die Geringverdienenden, für die Bezieher von Hartz IV, für die Armen, für die Ausgebeuteten – gedacht ist, sondern einzig und allein darauf abzielen, die Profite von Großkonzernen in die Höhe zu treiben. Das geschieht, indem man uns direkt – wie bei der Gasumlage – oder indirekt – wie über Steuerbegünstigungen – in die Taschen greift. Nur, irgendwann gibt es bei uns nichts mehr zu holen. Was dann?

Organisiert Euch – gegen Krise und Preiserhöhungen!

Arbeit

Wenn ihr an eurem Arbeitsplatz aktiv werden wollt, könnt ihr euch an die *Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union* (FAU) wenden. Sie ist eine basisdemokratische, anarcho-syndikalistische Gewerkschaft für Lohnabhängige aller Branchen und in vielen größeren Städten vertreten.

www.fau.org

Die *Industrial Workers of the World*, 1905 in den USA gegründet, ist eine weltweite agierende Basisgewerkschaft, mit mehreren Ablegern in Deutschland.

www.wobblies.org

Bei der *Aktion gegen Arbeitsunrecht* könnt ihr Ungerechtigkeiten im Betrieb melden und bekommt auch Unterstützung um dagegen vorzugehen.

www.arbeitsunrecht.de

Nachbarschaft

Es gibt einige gut vernetzte und organisierte Nachbarschaftsbewegungen, mit denen ihr euch gemeinsam gegen die Krise organisieren könnt. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit hier ein paar Beispiele:

Berlin

www.kiezkommune.noblogs.org

Bremen

www.solidarisch-in-groepelingen.de

Hamburg

www.wiso.noblogs.org

Magdeburg

www.kiezkommune.noblogs.org

Münster

www.bfsolidarisch.blackblogs.org

Aktionen

Du willst Aktionen organisieren, weißt aber nicht mit wem und wie? Für Unterstützung kannst du dich an die FAU (links unter Arbeit) oder die anarchokommunistische Föderation *die Plattform* wenden. Die Plattform ist in einigen Städten aktiv und kann dir andernorts ggf. Kontakte vermitteln.

www.dieplattform.org

In Bremen gibt es das *Bündnis gegen Preiserhöhungen*, das Proteste organisiert. Es hat keine eigene Webseite aber auf der Seite des Bremer Erwerbslosen Verbandes findest du alle wichtigen Termine.

www.bev-bremen.org

In Berlin kannst du dich an die Gruppe *Perspektive Selbstverwaltung* wenden.

www.perspektivesv.noblogs.org

Nachrichten

Bleibt auf dem Laufenden, was Arbeitskämpfe, Proteste und soziale Bewegungen angeht. Die anarcho-syndikalistische Internetzeitung *Direkte Aktion* berichtet regelmäßig.

www.direkteaktion.org

Neuigkeiten, Analysen und Hintergründe (nicht nur) aus dem klassenkämpferischen Anarchismus findet ihr auf dem Internetportal *anarchismus.de*.

www.anarchismus.de

Die Monatszeitung *express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit* berichtet über aktuelle Kämpfe.

www.express-afp.info

Analysen und Berichte, wie auch seltene Einblicke in internationale Arbeitskämpfe findet ihr bei der Zeitschrift *Wildcat*.

www.wildcat-www.de

Über diese Zeitung

Die *Tsveyfl – dissensorientierte Zeitschrift* hat sich 2016 als Theorieorgan gegründet, um mit den Irrungen und Wirrungen der anarchistischen Ideenwelt aufzuräumen. In drei Ausgaben haben wir bisher versucht, an verschiedenen Begriffen die anarchistische Theorie zu schärfen. Daneben veröffentlichten wir unregelmäßig Interventionen zu gesellschaftlich aktuellen Themen. Außerdem geben wir mit der *Edition Tsveyfl* eine Broschürenreihe heraus, die sich aktiv in linke und anarchistische Debatten einmischt.

Mit dem vorliegenden Projekt *Tsveyfl – Sozialismus und Selbstverwaltung*, unserem dissensorientierten Bulletin, möchten wir nicht nur unsere Genossinnen und Genossen, sondern auch alle anderen Menschen der arbeitenden Klasse erreichen. Es soll zu aktuellen Themen informieren und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Das Bulletin ist kostenlos und kann gegen Versandkosten ab 5 Exemplaren geordert werden. Für Einzelpersonen begrenzen wir die Abgabe auf 20 Stück, Gruppen können mehr bestellen. Solltet ihr keine Gruppe oder ähnliches sein, aber dennoch mehr Exemplare brauchen, meldet euch.

Mehr Infos zu und über *Tsveyfl* unter

www.tsveyfl.de

Bestellung des Bulletins und Kontakt

tsveyfl@gmail.com

Impressum

Redaktion *Tsveyfl*
c/o Buchladen Le Sabot
Breite Straße 76
D - 53111 Bonn

V.i.S.d.P.: Frederik Fuß